

## **Stellungnahme des Vorstandes des Willy-Brandt-Kreises**

### **zum außenpolitischen Teil des Koalitionsvertrages, 1. Dezember 2021**

Der Willy-Brandt-Kreis hat in den vergangenen Monaten friedens- und sicherheitspolitische Debatten mit vielen in- und ausländischen Partner geführt. Wir begrüßen, dass dem Koalitionsvertrag der SPD, der Grünen und der F.D.P. vom 24. November 2021 das Motto „Mehr Fortschritt wagen“ vorangestellt und damit auf die Leitlinie der sozial-liberalen Brandt-Regierung von 1969 „Mehr Demokratie wagen!“ angespielt wurde. Die Grundsätze der Entspannungspolitik von Willy Brandt und Egon Bahr in die künftige Außenpolitik der Koalition einzubringen, kann dazu beitragen, zu Entspannung und Abrüstung zurückzukommen.

Die Leitbegriffe „Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit“ vereinen die Schwerpunkte der drei Parteien, die nun unter Olaf Scholz eine Regierung formen werden und einen neuen Aufbruch für das Land im Bereich der Klima- und Gesellschaftspolitik ermöglichen können.

Mehr Multilateralismus, die Stärkung der souveränen Handlungsfähigkeit und der strategischen Souveränität der Europäischen Union bilden einen guten Rahmen für die künftige Außen-, Sicherheits- und Europapolitik. Ziviles Krisenmanagement, aktive Krisenprävention, Friedensförderung und kohärente Konfliktlösungsstrategien müssen konzeptionell vorbereitet und organisatorisch wie diplomatisch umgesetzt werden. Denn Wertebasierung und Multilateralismus alleine helfen nicht, um realpolitische Konflikte und Problemfälle zu bearbeiten und erfolgreich zu lösen.

Der in anderen Sektoren spürbare Aufbruch muss sich auch in der Außen- und Sicherheitspolitik widerspiegeln und deutlicher herausgearbeitet werden. Das Kapitel zur Abrüstung und Rüstungskontrolle knüpft an die Leitlinien der schwarz-roten Vorgängerregierung an und verheißt Kontinuität aber kaum Wandel. Neue Impulse in diesen Bereichen sind dringend nötig und benötigen konzeptionelle Vorbereitung und den politischen Willen, diese Ziele auch zu implementieren und organisatorisch umzusetzen. Selbstverständlich baut Außenpolitik auf Stabilität und Verlässlichkeit, darf aber den notwendigen Wandel nicht außer Acht lassen. Erfreulich ist, dass nach Meinung der Ampelkoalition Abrüstung und Rüstungskontrolle wiederbelebt werden müssen. Konkrete Schritte oder Initiativen sind aber im Koalitionsvertrag zunächst nicht enthalten. Vorhandene Zielkonflikte werden nicht gelöst:

- 1 Die Ampelregierung will sich dafür einsetzen, dass von der Anfang Januar stattfindenden Überprüfungskonferenz des Nichtverbreitungsvertrages (NVV) „ein wirklicher Impuls für die nukleare Abrüstung ausgeht“. Das Ziel einer atomwaffenfreien Welt (Global Zero) wird befürwortet und in diesem Zusammenhang ein atomwaffenfreies Deutschland in Aussicht gestellt. Eckpunkte, wie diese zumindest in Europa strukturell oder normativ durch zentrale Akteure erreicht werden können, werden nicht vorgelegt. Im Gegenteil, ein glaubwürdiges Abschreckungspotenzial soll aufrechterhalten werden. Die NATO hat bisher weder ein Konzept für nukleare und konventionelle Abrüstung vorgelegt noch sich für ein Moratorium für nukleare INF-Systeme ausgesprochen. Der alleinige Ruf nach Dialog hilft hier nicht weiter. Deutschland sollte hier eigene Initiativen vorlegen und konzeptionelle Vorbereitungen übernehmen.

- 2 Verhandlungen zwischen den USA und Russland für ein New START Nachfolgeabkommen, das auch nukleare Kurz- und Mittelstreckensysteme miteinbezieht sowie für Verhandlungen zwischen beiden Supermächten zur Abrüstung im strategischen Bereich werden zwar befürwortet, konkrete Vorschläge werden hier aber zunächst nicht gemacht. Eine europäische Rüstungskontrollinitiative, um beispielsweise China stärker in nukleare Abrüstung und Rüstungskontrolle einzubeziehen, ist nicht im Ansatz ausgearbeitet. Dies sind berechnigte Forderungen, auf deren Umfang und Substanz die Bundesregierung jedoch bisher kaum Einfluss nimmt. Eine Abstimmung der Positionen und Vorschläge zwischen den Ressorts könnte ein neuer Koordinator für Abrüstung und Rüstungskontrolle im Kanzleramt übernehmen.

Im Koalitionsvertrag werden jedoch auch Initiativen und Anregungen gegeben, auf die sich gut aufbauen lässt, für die aber hohe politische Aufmerksamkeit und politischer Wille zur Implementierung nötig ist:

- 3 So ist die Verpflichtung der neuen Bundesregierung „als Beobachter bei der Vertragsstaatenkonferenz des seit Januar gültigen Atomwaffenverbotsvertrages die Intention des Vertrages konstruktiv (zu) begleiten“ ein Lichtblick. Allerdings werden Bedingungen genannt, die Deutschland einen Rückzug ermöglichen, da dies „im Lichte der Ergebnisse der Überprüfungs-konferenz des NVV und in enger Absprache mit unseren Alliierten“ erfolgen soll. Wir erwarten, dass Deutschland konstruktiv mit eigenen Vorschlägen und Selbstverpflichtungen an der ersten Mitgliedervertragsstaatenkonferenz des Atomwaffenverbotsvertrags im März 2022 teilnimmt und das Thema im Rahmen der NATO artikuliert.
- 4 Ein positiver Aspekt ist die Stärkung der Konventionen zum Verbot von Chemischen und Biologischen Waffen (BWÜ und CWÜ) sowie die Verpflichtung, bewaffnete Drohnen verstärkt in internationale Kontrollregime einzubeziehen und die internationale Ächtung von letalen autonomen Waffensystemen „aktiv voranzutreiben“. Auch sollen Initiativen zur Rüstungskontrolle im Bereich Bio, Hyperschall, Weltraum, Cyber und KI ergriffen werden. Ein Forum aus Experten und Expertinnen aus der Wissenschaft, Wirtschaft und Diplomatie sollte aus unserer Sicht eingesetzt werden, um künftige Entwicklungen sicherheits- und friedenspolitisch abzuschätzen und Vorschläge auszuarbeiten.
- 5 Im Bereich einer restriktiven Rüstungsexportkontrolle sollen schon vorhandene Regeln und Kriterien mit den europäischen Partnern besser abgestimmt werden. Weiter heißt es: „Wir setzen uns für ein nationales Rüstungsexportkontrollgesetz ein.“ Ein wünschenswertes Ziel ist es, „den gemeinsamen Standpunkt der EU mit seinen acht Kriterien sowie die Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern, (...) in einem solchen Gesetz zu verankern“ (S.146). Ausnahmen sollten entsprechend dem Koalitionsvertrag öffentlich begründet und transparent gestaltet werden. Wir drängen darauf, dass ein solches nationales Rüstungsexportkontrollgesetz und die angekündigte Transparenz schnell umgesetzt werden.

Um einen nachhaltigen Aufbruch in der Außen- und Sicherheitspolitik zu erreichen, sind maximale konzeptionelle, organisatorische und politische Anstrengungen nötig, um die im Koalitionsvertrag genannten Ziele zu erreichen.

Ein grundlegender Wandel in den internationalen Beziehungen ist angesichts der Erfahrungen von Kriegen und Gewalt und vor dem Hintergrund der dauerhaften, globalen Herausforderungen wie Klimakrise, Pandemien, Ressourcenknappheit und ihre Auswirkungen nötig. Diese latenten und potenziellen Friedensgefährdungen müssen klarer adressiert werden. Diese dauernden Aufgaben bleiben erhalten und werden auch den Willy-Brandt-Kreis weiter begleiten.

Der Vorstand des Willy-Brandt Kreises, 1. Dezember 2021